

# Zeitung deutscher Bergleute.

## Verbands Organ.

Abonnement-Preis für Nichtmitglieder 30 Pf. pr.  
Monat, 20 Pf. pro Quartal fällt ins Haus.  
Dort bis 10 Pf. bezogen pro Monat 70 Pf. pr.  
Quartal 20 Pf. Einzelne Nummern kosten  
50 Pf.

Berantwortlicher Redakteur H. Schlie.

Herausgeber Johann Meyer.

Druck von Frau Jof. Seup, sämtlich in Gelsenkirchen.

Nro. 30.

### Schanksperre.

Wiederum im Jahrrevier  
Zeigt sich jetzt ein selnes Thier.  
Langs schon glaubten wir's gestorben,  
Aber frisch und unverdorben  
Erlitt es wieder auf den Plan,  
Zu benehmen uns den Wahn. —

„Sperre“ heißt das Wunderthier,  
Für den Schank von Schnaps und Bier.  
Sprre in Versammelungen  
Und der Wirth, er ist gezwungen  
An der Pumpe still zu stehn  
Und den Bierkrahn nicht zu drehn.

Auch der schlimme Brauntwein,  
Darf bei Betriebe nicht herein.  
Selters nur und Zuckerwasser,  
Solches hält den Magen nasser  
Und den Kopf recht klar und hell,  
Ist erlaubt von „höherer Stell“.

Warum alles dies geschieht,  
Das verschweigt unser Werd. —  
Mag's ein jeder selbst sich denken;  
Nur das Factum tiefer henken  
Wollen wir in dem Gedicht  
Mit dem Wunsch: Es werde licht! —

### Die Schanksperre und Neuhilfes.

Bei jeder Gelegenheit, wo sich die zielbewußte, organisierte Arbeiterschaft ansieht, auch nur in geringfügigstem Maße an dem morschen Bau des heutigen Gesellschaftseinrichtungen zu rütteln, führt das philisterhafte Anstandertum vor jähem Schreck zusammen. Es wähnt in blassen Furcht und nicht minder groshartiger Unkenntnis der gegenwärtigen Lage und bei ihr zu Grunde liegenden Ursachen, seine Tage gezählt und sieht bei dem geringsten Anlaß die Schanerwochen einer französischen Revolution heranziehen.

Diese sehr gewissenhafte Rüfung ausschließende Bauten und Hungen ist es auch, welches die lebhaftesten Phantasien in ihrem Spießbürgertum herzaubert. Ohnmächtig, wie die bürgerliche Gesellschaft nun einmal ist, vermutet sie in jedem Arbeiter, der zwecks Verbesserung seiner Lage sich der Gewerkschaft angeschlossen hat, einen Sozialdemokraten, der als vornehmste Aufgabe, den „gewaltfaulen Untergang der bestehenden heiligen Ordnung“ ins Auge gefaßt hat.

Natürlich dürfen einem solchen Revolutionär auch die dazu erforderlichen Beigaben nicht fehlen. In jeder Tasche Dynamitpatronen oder Petroleum, so stellt sich das Philisterthum die nach Aufbesserung ihrer Lage strebenden ziel- und klassenbewußten Arbeiter vor. Kommt es nun mal zu „Zusammenrottungen dieser Duzbrüderhaft in Hemdsärmeln“, wie vor nicht gar langer Zeit ein Kapitalistenblatt die Versammlung der Arbeiter zu bezeichnen beliebte, dann ist er recht als aus dem Häuschen. Was nur möglich ist, wird aufgeboten, um beratige Besprechungen und Berathungen zu bereiteln. Natürlich sieht hierbei die herrschende Klasse nicht isolirt (abg. sonderl.) da. Von rechts und links kommt ihr bereitwillig Hilfe, Gardepolizei und Polizei, Militär- und Kriegervereine &c. &c.

Sot sich doch erst vor kurzer Zeit das erbäusliche Schauspiel, daß selbst der Kriegsminister und Minister des Innern die Kriegervereine zur Belästigung des rothen Gespenstes aufforderte. Sowar geschah das nicht direkt. Nicht mit den Waffen in der Hand, sondern dadurch, daß er den Ausschluß beratiger „reudiger Schafe“ anordnete. Der entsprechende Bassus dieser Vorordnung lautet, daß die Statuten der freien Vereine „zur Abwehr des Eindringens Sozialdemokratischer Elemente in die Kriegervereine“ in folgender Weise zu ergänzen seien:

„Mitglieder, welche sich durch ihr Verhalten mit dem Zwecke des Vereins in Widerspruch setzen, in Sonderheit solche, welche der Auferfordung der Pflege und Betätigung der Liebe und Freude zu Kaiser und Reich nicht entsprechen, sind aus dem Verein auszuschließen.“

Beiläufig erwähnt sei nur, daß somit die Kriegervereine als politische Vereine anzusehen sind. Als solche bekämpfen sie eine große politische Parteidirection und als solche dürfen sie nach § 8 des preuß. Vereinugesetzes nicht mit einander in Verbindung treten.

Ob es ihnen dennoch später Schwierigkeiten bereiten wird, bleibt abzuwarten, doch wagen wir es bei der hohen Für-

Gelsenkirchen, den 23. Juli 1892.

4. Jahrgang.

sprache, die ihnen als den Staatsverhältnissen zu thun wird, entschieden zu bezweifeln.

Im Übrigen kann uns dieser Erlass vollständig fällt lassen, denn auch unsere Ansicht ist, daß die nach Verbesserung ihrer Lage strebenden Bergleute besseres zu thun haben werden, als sich beratigen kostspieligen, patriotischen Schwärmerien zu zuwenden. Er kann uns nur ein mitteldiges Lächeln entlocken und das umso mehr, als die Verfügung mit der Bezeichnung „Geheim“ versiehen ist und wir ebenso wenig wissen können, ob nicht auch dasselbe Gefühl für die Autoren (Urheber) maßgebend gewesen ist.

Wunderbar aber erscheint es durchaus nicht, wenn nach diesem „geheimen“ Willen der Herren nun der ganze Trost der ihnen unterstellten Verwaltungsdienst verschafft nach derselben Schablone arbeitet.

Fand da in Linden vor einiger Zeit ein Kriegerfest statt, das an Glanz und pomphafter Entfaltung vielleicht nichts zu wünschen übrig ließ. Warum sollte es auch? Nahmen doch selbst die ehrwürdigen Gemeindeälteste daran den lebhaftesten Anteil, indem sie 100 Mark zu Ehren der Sache aus Gemeindemitteln bewilligten. So ungerechtfertigt dieser Schritt uns erscheinen will, so wird er aber noch weiter in höchst stilvoller Weise illustriert. Das Lindenauer Kriegerfest hatte eine Dauer von drei Tagen und fand seinen Abschluß mit Freikonzert, zu dem noch ganz besonders durch Ausschreiben eingeladen wurde.

Nun aber das Gegenstück dazu; eine Woche später fanden in Linden und Dahlhausen Bergarbeiter-Versammlungen statt. Und siehe da, die Fürsorge der Behörde für die Arbeiterwohlfahrt brachte es fertig, daß das Volk in Linden mit der Schanksperre bedacht wurde. Ja Dahlhausen war es noch schlimmer. Dort begnügte man außer dem Wirth, in dessen Räumen die Versammlung abgehalten wurde, noch zwei andere Lokalinhäber damit.

Die Verhängung der Schanksperre wurde aber am 2. September v. J. vom Regierungspräsidenten zu Düsseldorf auf diesbezügl. Gingabe in folgender Weise gerechtfertigt:

„Auf die Gingabe vom 19. Juli d. J. erwidere ich Ew. Wohlgeborenen, daß nach dem Berichte des Herrn Landrats in Essen der Ausschank in Getränken bei Gelegenheit von Versammlungen der Bergleute in Wirthshäusern nicht überall (wie Sie in der Gingabe behaupten), sondern nur in verhälzten Fällen dann verboten wird, wenn das Interesse der öffentlichen Ordnung dies erheischt. Eine Veranlassung, eine Entscheidung über die Berechtigung der Polizeibehörden zu derartigen Maßnahmen zu treffen, würde für mich nur dann vorliegen, wenn gegen letztere seltens der Beihilfeten unter Angabe des einzelnen Falles im Instanzenwege Beschwerde erhoben würde.“

Der Regierungspresident.

In Vertretung:

Schiff. r.“

Bevor wir auf die gesetzliche Sichhaltigkeit eingehen, wollen wir durch Gegenüberstellung der beiden Vorkommnisse eine Betrachtung darüber anstellen, wie es bei solchen Maßnahmen mit dem gleichen Recht für alle bestellt ist. Ein Kriegerfest, bei dem Bechlag und manche andere, nicht immer zarte und moralische Lustbarkeiten keineswegs ausgeschlossen sind, ja bei deren eine ebenso wenig geringe Anzahl in Folge zu starker Einnahme von Wein, Bier und Spirituosen mindestens angehinderter Stimmlage ist und grobe Anschreitungen sogar vorkommen und vorgekommen sind, bietet durchaus keinen Anlaß die Verhängung der Schanksperre anzuordnen, obwohl — wie beispielweise ein Kriegerfest zu Berlin gezeigt hat — Ereignisse in Erscheinung treten, die jeden anständigen Menschen mit Ekel und Widerwillen erfüllen müssen. Da erheischt es also das öffentliche Interesse nicht!

Andererseits steht es aber bei den Bergarbeiter Versammlungen. Hier geht es doch meistens sehr parlamentarisch zu. Ferner aber wird ja durch die polizeiliche Überwachung sowie auf Grund der Verordnungsrechte der ruhige und gesetzestreue Verlauf weit mehr garantiert.

Endlich jedoch wird durch die Maßnahme der Schanksperre keineswegs dem Genuss von Getränken vorgebengt. Kann doch jeder Versammlungstheilnehmer das Quantum Getränk, das er in Versammlung zu verzehren gedenkt, einfach sich vorher beschaffen und mitnehmen. Ebenso kann er den Wirth, der sich der Schanksperre unterwerfen muß, in gewissen Stunden dafür schaßlos halten, indem er einfach seinen Konsum zuvor bei ihm deckt. Alles in Allem „verfehlt auch hier die Strenge ihres weißen Zwicks.“

Baden aber will uns nicht einleuchten, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen sich die Behörden zu beratigen Maßnahmen ermächtigt fühlen dürften.

Der § 33 der Reichs-Gewerbe-Ordnung besagt darüber:

„Wer Gastwirtschaft, Schenk wirtschaft oder Kleinhandel mit Brauntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis.“

„Diese Erlaubnis ist nur dann zu verlangen:

„1. wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Wölker, des verbotenen Spiels, der Gehörigkeit oder der Lustlichkeit missbrauchen werde;

2. wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den politischen Anforderungen nicht genügt.“

Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß:

a. die Erlaubnis zum Ausführen von Brauntwein oder zum Kleinhandel mit Brauntwein oder Spiritus allgemein,

b. die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Ausführen von Wein, Bier oder anderen, nicht unter 15.000 Einwohnern, sowie in solchen Ortschaften mit weniger als 15.000 Einwohnern, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein sollte.

Der Erteilung der Erlaubnis ist die Ortspolizei und die Gemeindebehörde gutachtlich zu hören.“

Wenn wir diesen in Betracht kommenden Paragraphen ausführlich weitergegeben haben, so geschah es hauptsächlich deswegen, weil gerade unter den beihilfeten und am meisten dabei interessirten Kreisen eine heiterliche Weise noch gar zu großer Unkenntnis herrscht und wir der festen Überzeugung sind, daß alle Leser dieser Zeitung für entsprechende Aufklärung in ihren Bekanntenkreisen Sorge tragen werden.

In der Gewerbeordnung sind mit verhältnismäßig großer Präzision (Genauigkeit) die Gründe angeführt, unter welchen die Erlaubnis zu verlagen ist. Ebenso sind die Befreiungen der einzelnen Landesregierungen hinreichend gewürdigt und gerade unter diesen finden wir keine einzige, welche die auch nur zeitweilige Entziehung der Schankconcession vorgesehen hätte. Ein wenig anders verhält es sich indes mit den Gründen, welche eine Richterheilung der Erlaubnis rechtfertigen sollen.

Hierbei scheint es, als ob man sich besonders auf die Bestimmung beziehen wollte, daß die Genehmigung nur dann zu verlagen ist, wenn die Beschaffenheit des Lokales den polizeilichen Anforderungen nicht entspricht. Bei oberflächlicher Prüfung möchte man vielleicht zum Sachen geneigt sein. Doch gemach! Wir werben den Nachweis erbringend, daß die heute schon in beliebig weitem Maße ausgeübte Gesetzesauslegung hierzu Anhaltspunkte in großer Anzahl bietet. Wissen wir doch, daß beispielweise Militärverwaltungen den Soldaten das Vertragen einiger von Sozialdemokraten besuchter Lokale verboten haben. Bei solchem Vorfall, der nebenbei gesagt, von Arbeitern verhängt, diesen schwer zu stehen gelommen wäre, kann man doch nur von der Überzeugung ausgegangen sein, daß durch das Verfehlern von Sozialdemokraten die Beschaffenheit des Lokales sowohl gelitten, daß es mit der Ehre eines Soldaten unvereinbar wäre, dasselbe zu besuchen. Wendet man diese Annahme auf den vorliegenden Fall an, so sind noch heute die zielbewußten Arbeiter, oder sagen wir kurz mit unseren Gegnern die Sozialdemokraten, dieselben gedachten und gebrandmarkten Menschen, die sie während der 12jährigen Periode des Sozialistengesetzes gewesen sind.

Damals konnte auf Grund des § 23 des Ausnahmesgesetzes gegen Gas und Schankwirth, sowie gegen die mit Brauntwein und Spiritus Kleinhandel treibenden Personen auf Untersagung des Gewerbebetriebes erlaubt werden, sofern sie sich nämlich einer Begünstigung der „auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“ verdächtig gemacht hatten. Das wäre nun wohl bei Wirthen, die ihre Lokale für die Arbeiterinteressen offen haben, gar leicht der Fall. Glücklicherweise sind aber jene Seiten längst vorüber.

Das Ehebgesetz wider die Sozialisten ist seit dem Oktober 1890 gefallen. Es ist dem Aufsturm der zielbewußten Arbeiterschaft erlegen. Möge dieses Beispiel auch die Bergarbeiter zu energischem Vorgehen gegen jede Geisteskrückung anregen.

Die Maßnahme der Schanksperre rechtfertigt sich nach den angestellten Betrachtungen keineswegs durch gesetzliche Bestimmungen. Zeigt daher Bergleute, daß ihr die Gesetze kennt, rüttelt jene, die sich noch lässig in die Zeit des Sozialistengesetzes hineintrudern durch zielbewußtes Auftreten aus dem Schlummer und der Erfolg des Falles der Schanksperre wird eure Arbeit leichten.

Also vorwärts!

### Zur Lage!

Nachstehend geben wir den Lesern eine durch uns entworffene Erklärung bekannt, die in den nächsten Versammlungen zur eventuellen Annahme gesangen soll sofern die Teilnehmer sich damit einverstanden erklären.

Diese Resolution soll dann, wenn sie überall Annahme findet, dem betr. Minister zugesandt werden.

Mehrere Bergleute,

Nach der wiederholten veröffentlichten brutalen Anforderung des Bergbauunternehmerorgans „Glad-Luf“, die Zahl der Bergarbeiter energisch zu reduzieren, trotzdem (nach den Erfassungen von Dr. Ritsmann) die Zahl der Bergleute in letzter Zeit um 8000 schon vermindert ist und Massenentlassungen bereits stattgefunden haben und gegenwärtig noch stattfinden; und nach dem Niedergang der Löhne, welche nach kürzlich bekannt gewordenen Leidet noch maßgebenden Institutionen und Erklärungen noch immer weiter heruntergedrückt werden sollen, trotz der hohen Fleisch- und Lebensmittelpreise; beschließt die heutige Versammlung folgende

#### Erläuterung

dem Minister für Handel und Gewerbe zu machen.

Die Bevölkerung scheint und deren Handhabung, besonders letztere, bilden unverkennbar ein bedeutendes Hindernis für die soziale Erstarkung der großen Bergarbeitermassen, welche gesagt wäre, der anarchischen Produktionsweise der Bergwerkskapitalisten in friedlicher Weise und womöglich ohne Hemmung des Verkehrs eine Macht entgegenstellen, welche sie zwinge die Krisen zu verschärfen und auf die große Masse der direct und intensiv arbeitenden und gleichberechtigten Staatsbürger die außerordentliche und gebührende Rücksicht zu nehmen.

Da nun die Bergarbeitermassen unter den heutigen Gesetzen und kapitalistischen Umtrieben sich nur äußerst langsam organisieren und sozial kräftigen können, so unterliegt einstweilen deren Schutz gegen die rücksichtslose Behandlung und Ausbeutung seitens der Bergwerkskapitalisten zum großen Theile noch der Regierung; da sie ohne diesen Schutz gewissmässig ein Spielball der herrschenden Kapitalisten und deren Ausbeutung anheim gegeben sind. Aus diesem Grunde sind wir gezwungen uns an die Regierung zu wenden.

Die jetzige Lage der Bergarbeiter Deutschlands ist bereits einer traurigen geworden; denn die anarchische Produktionsweise der Bergwerkskapitalisten hat wieder eine Krise herbeigeführt, deren Folgen vor den Bergarbeitern deshalb so tief empfunden werden, weil die Löhne der Bergleute schon gesunken sind, unter dem Vorwande des Ausgängels, welcher allein schon der Feierlichkeiten wegen eine weitere Lohnverminderung bedeutet, noch mehr gesetzt werden sollen. Außerdem sollen auch, ohne Rücksicht darauf, daß 8000 Bergleute schon von der Bergarbeit entfernt sind, noch weitere massenhafte Entlassungen stattfinden. Dies bedeutet, sofern es durchgeführt wird, eine vollständige Verarmung und Verelendung der Bergleute, welcher unabdingt vorgebogen werden muß. Denn aus einem Zustande, wie er vor dem Streit im Mai 1889 vorherrschte, und durch die angekündigten Maßnahmen der Bergwerkskapitalisten notwendig wieder entsteht, kann nie etwas Gutes entspringen —

Genau so wie vor dem Streit im Mai 1889 wird das Straßen- und Kohlenauskommen wieder gehaukt und hierdurch zur Verschlechterung der Bergarbeiterlage auch noch die Erhöhung geführt. Hierzu kommt noch, daß Dr. Ritsmann die Beschränktheit in den Forderungen des Körpers der deutschen Bergleute im Vergleich zu denen der englischen Bergleute dazu bringt, den deutschen Bergleuten, spießt ihnen des Überbergamtsbezirks Dortmund, ziemlich unumwunden ein Zeugnis der Faulheit anzustellen; um auf diese Weise einen Scheingrund für die niederen Löhne der deutschen Bergleute und deren weiterer Reaktion zu formulieren. Offenbar liegt aber die relativ höhere Leistung der englischen Bergleute 1. in den günstigeren Lagerungsverhältnissen dorthin und 2. in der besseren Bezahlung, welche selbstredend eine bessere Ernährung gewährt. Das Vorgehen des Dr. Ritsmann, aus diesem Verhältnis ein ziemlich unverdecktes Faulheitszeugnis für die deutschen Bergleute herzuleiten, ist nur dazu geeignet, zu der bereits bestehenden und noch in Aussicht gestellten ferneren Verschlechterung der Lage der deutschen Bergleute und ihrer Erhöhung, auch noch eine Empörung ihrer Gewaltiger zu verursachen. Dr. Ritsmann ist einer der vornehmsten Vertreter der Bergwerkskapitalisten und darum sollen seine Ausführungen, die für die Bergwerkskapitalisten maßgebend sind, nicht übersehen werden.

Ein Notstand oder ein sonstiger hinreichender Grund zu einem beratigen Vorgehen, wie es von den Bergwerkskapitalisten zu erwarten steht, ist durchaus nicht vorhanden; denn nach durchschnittlichen Berechnungen — wie sie im Faile vorliegenden Erklärung allein zur maßgebend sind — ist derbare Nutzen der Bergwerkskapitalisten immer noch „mindestens“ genauso groß als die Summe, die als Lohnungsgeld den Bergleuten ausgezahlt wird: Der Durchschnittseffekt ist ca. 2 Cr.; dafür erhalten die Bergleute ca. 3 Mark pro Mann; die Kapitalisten aber mindestens 8 Mark; die übrigen Kosten betragen hierbei höchstens 2 Mark.

Auso 3 Mark für die Bergleute und 3 Mark für die Kapitalisten. Ein Notstand der Bergwerkskapitalisten ist also nicht da; dennoch wollen sie die Löhne, die ohnehin schon erheblich genug sind, noch weiter reduzieren und dabei auch noch Arbeitserlösen —

Dieses sind einige Hauptpunkte der gewerblichen und gewerkschaftlichen Lage der deutschen Bergleute. Mit ihrer sonstigen Lage ist es nicht besser gestellt.

Die einzige Möglichkeit der anarchischen Produktionsweise der Bergwerkskapitalisten mit Erfolg entgegenzutreten und die Stelle welche zu Massenentlassungen und zum Rückspringen der Löhne beansprucht werden sind noch werden, zu verhindern. Jetzt zur Zeit ausschließlich in ordentlich durchzuführende Streiks. Ein anderes Mittel steht nicht vorherhanden, weil die Bergwerkskapitalisten sich mit den Bergleuten erfahrungsmässig auf nichts einlassen. Läßt man aber die Kapitalisten ruhig weiter produzieren, so führt ihre anarchische Produktionsweise in Perioden mit erfahrungsweise immer kürzer werdenenden Zwischenräumen zu Krisen, welche die Feierlichkeiten, Massenentlassungen und Lohnabzessionen sind. Dagegen würden die zeitig eingesetzten Streiks verhüttigterweise nur eine Reihe Feierlichkeiten zur Folge haben; aber Massenentlassungen und Lohnabzessionen führen dabei nicht statt. Wenn aber zu einem Streik entschlossen wird — und das muß der Einheitslichkeit halber geschehen, sofern er gut durchgeführt werden soll — dann wird der Ausförderende bestrebt. Demnach sind also die Berg-

leute gegenüber der in bestimmte Aussicht gestellten Verschlechterung ihrer Lage nach jeder Wichtigkeit hin vollständig anker Stand; dieselbe in friedlicher Weise zu verbessern oder nur zu erhalten. Aber zu verlangen, daß die Bergleute ihre Vereinigung ruhig über sich ergehen lassen, wird wohl keinem verständigen Menschen in den Sinn kommen.

Eine Erleichterung bezüglich der Lebensmittelpreise und der Steuern ist nicht vorhanden und steht auch nicht zu erwarten, weil die Höhe nicht erniedrigt worden sind und bei dem modernen Steuersystem trotz Selbststeuerung die Steuern für die Arbeiter immer unerträglicher werden; was durch die sich stets mehrenden Reklamationen hinreichend bewiesen wird.

Aus allen diesen Gründen und noch vielen anderen, die wir hätten anführen können, müssen wir Veranlassung nehmen, der Regierung die Sachlage zu unterbreiten, damit es verhindert werde, daß eine vollständige Verarmung und Verelendung der Bergleute hervorgerufen wird. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist es aber notwendig, daß, soll anders Rücksicht geschaffen werden, gegen das Treiben der Bergwerkskapitalisten sehr energisch vorgegangen wird; denn es ist bereits die Abschaffung, daß Nationaler Eigentum der Steinholzen, mit welchem sie nur per Gesetz bestehen sind, als ihr unangreifbares Eigentum zu betrachten, bei den Bergwerkskapitalisten in Fleisch und Blut übergegangen. Ist nun einmal das Nationaleigentum der privatkapitalistischen Ausbeutung übergeben, so können und müssen wir wenigstens verlangen und fordern auch, daß wir nicht dabei — trotz unserer harter und gesetzlich gerechte Arbeit — verarmt und verelendet werden. Auf diese Forderung zu verzichten wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht darauf, aus einem Ambos, was wir zu unserem Umgang so lange schon gewesen sind, je Hammer zu werben.

Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß die Regierung nicht ruhig zusieht, wie durch die kapitalistischen Maßnahmen ein großer Theil der Arbeiterschaft in Not und Elend versetzt wird; sondern zeitig und genügend Aenderung zum besseren schafft. Und auf diese Weise ebenso praktisch wie sie bei den Bergwerkskapitalisten durch die Bekämpfung mit dem National-eigentum sich geneigt gezeigt hat, eminent und praktisch darthut, daß sie auch den Bergarbeitern geneigt ist. Ein ruhiges Zureichen würde den Verdacht zeitigen, daß die Regierung der Arbeiterschaft eben nicht geneigt wäre. Die Folgen eines solchen Verhaltens verantwortet dann die Arbeiterschaft nicht.

#### Akkordarbeit ist Mordarbeit.

Wenn man sich über die Verwerthlichkeit oder die Unlöslichkeit der Akkordarbeit entscheiden will, so wird es nötig sein, daß man sich erst darüber einigt, was eigentlich unter „Akkordarbeit“ zu verstehen ist. Wenn man diese Vorsicht unterläßt, wird man leicht zu ganz unzureichenden Begründungen kommen, es wird ein Streit mit Nebensätzen und Worten entstehen, in welchem viel über die Sache gesprochen wird, ohne dass jemals aufzuhören.

Um uns ein Bild von dem zu machen, was Akkordarbeit ist, wollen wir die üblichen Formen der Entlohnung uns erst vorgegenwärtigen.

Wir finden da folgende Hauptformen:

1. Der Arbeiter wird angenommen unter der stillschweigenden Voransetzung ob er der ausdrücklichen Angabe, daß er die von ihm geforderte Arbeit gewohntestmöglich leisten kann und wird ihm dafür ein nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten verabredeter Lohn bezahlt. Er hat dafür die Verpflichtung, nach Kräften und Gebräuch ständig zu arbeiten, die Leistung hat aber auf den Lohn keinen weiteren Einfluss.

2. Die Bezahlung wird nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten verabredet, es wird aber eine Mindestleistung an Arbeit auszubilden, die der Arbeiter erfüllen muß. Eine Mehrleistung kann nicht beansprucht werden, wird auch, wenn geleistet, nicht vergütet.

3. Die Bezahlung wird wie vorher verabredet, es wird eine Mindestleistung verlangt, eine Mehrleistung aber nach besonders verabredetem Preise vergütet.

4. Es wird ein Einheits- oder Stückpreis für die Arbeit verabredet und danach die Arbeit bezahlt ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit.

5. Es wird zwar ein Einheits- oder Stückpreis verabredet, aber bestimmt, daß ein gewisser Lohnsatz nicht überschritten werden darf.

6. Es wird ein Einheits- oder Stückpreis verabredet und zugleich denjenigen, welche über eine gewisse Leistung hinaus gelangen, eine je nach der Leistung steigende Prämie gezahlt.

7. Es wird ein Einheits- oder Stückpreis verabredet, aber bestimmt, daß der Arbeiter, Fleiß und Geschicklichkeit vorausgesetzt, mindestens täglich einen gewissen Lohn erhalten muss.

Nun fragen wir, welches von diesen sieben Entlohnungsformen rechnen wir zur Akkordarbeit?

Keine Zeitlohnarbeit ist ohne Zweifel nur bei der ersten Kategorie vorhanden; alle andern Entlohnungsarten sind Abänderungen der Akkordarbeit; denn bei allen anderen tritt eine Abmachung, ein Akkordkreis über die Zeitung als Grundlage der Entlohnung auf.

Die reine Stückarbeit ist nur eine Art der Akkordarbeit. Es ist doch ganz einerlei, ob ich sage, ich verlange von dir für 5 Mark tausend Ziegelsteine vermauert, oder ich bezahle dich für das Vermauern von tausend Ziegelsteinen 5 Mark. Im ersten Falle mache ich freilich die Erfordernisse: Du sollst aber so sorgfältig arbeiten, daß du am Tage nicht mehr als tausend Steine verarbeiten, denn mehr verlange ich nicht und mehr bezahle ich nicht.

Es fällt dieses Entlohnungssystem eigentlich ziemlich mit dem System zusammen, das in Nummer 5 aufgeführt ist.

Es würde da der Akkord so lauten: Du erhältst für tausend Ziegel zu vermauern 5 Mark, wenn du aber mehr vermauerst, so verdienst du doch nur 5 Mark.

Bei dem System ad 2 unterscheidet es sich aber doch. Das System ad 2 ist: die Mindestleistung als Bedingung voran, ohne die der Arbeiter eigentlich keinen Anspruch auf Lohn oder mindestens nicht; auf Weiterbeschäftigung hat, wäh-

rend das System ad 5 auch geringere Leistungen zuläßt, den Lohn nur nach oben hält.

Wir wollten dadurch nur klar machen, daß der Grundzusatz des Akkordsystems ebenso in dem System ad 2 zu studieren ist, ja noch ausgeschrockener, wie in irgend einem der später genannten Systemen, daß die Leistung des Arbeiters der Maßstab der Bezahlung ist und nicht die Zeit, daß es sich also um einen richtigen Akkordlohn im System ad 2 und nicht um einen Zeitlohn handelt.

Wenn man nun weiter die Lohnsysteme auf ihre Güte für die Arbeiter und auf ihre Gerechtigkeit beurteilt, und sich dabei auf den rein theoretischen Standpunkt stellt, so wird man ohne Zweifel zu dem Schlusse gelangen müssen, die schlechteste und ungerechteste Entlohnung ist die nach der Zeit und eine Entlohnung nach der Leistung in jeder Form ist besser als Zeitlohn. Wir sagen, das ist theoretisch richtig unter der Voraussetzung, daß Arbeiter und Betriebsunternehmer gleich frei, gleich kluge, gleichberechtigte und gleich wichtige Parteien sind, daß einer den anderen nicht ungerecht behandeln will und kann.

Wenn der Kommerzienrat X von dem Kommerzienrat Y eine Ware oder Leistung verlangt, wird er ohne Zweifel mit ihm, ohne daß dabei einer oder der andere Theil geschädigt werden kann, wenn er mit irgendeinem Sachverständigen vereinbart ist, dasselbe nach Einheits- oder Stückpreisen berechnen, er wird auf diese Art die Zahlung der Leistung anpassen können.

Wenn die Betriebsunternehmer nicht mehr die Ausbeuter der Arbeiter sein werden, sondern die Arbeiter selbst das Ergebnis der Gesamtarbeit genießen werden, dann wird ohne Zweifel irgend eine Form des Akkordes zur Kontrolle der Leistung gewählt werden, j: nach der Arbeit und nach dem Geschmack der Arbeitenden.

In einem solchen idealen Staat, unter solchen idealen Verhältnissen leben wir aber nicht. Arbeiter und Unternehmer sind nicht gleich starke, gleich kluge, gleich berechtigte und gleich wichtige Parteien, die heutige Wirtschaftsordnung mit ihrer anarchistischen Herstellung zwinge die Betriebsunternehmer durch den Konkurrenzkampf zur Erzielung einer möglichst großen Billigkeit der Herstellung und dadurch zur größtmöglichen Ausbeutung der Arbeiterschaft für den geringsten Lohn, der zu erreichen ist.

Das sind die realen, die tatsächlichen Verhältnisse, mit welchen wir zu rechnen haben werden. Es kommt also nicht darauf an, zu erkunden, was ist unter Umständen, wie sie garnicht oder vielleicht ausnahmsweise und einzeln bestehen gut und vortheilhaft, eine solche Untersuchung ist ganz zwecklos und nur verwirrend, sondern wir haben zu fragen, wie ist es am besten zu erreichen, daß der schrankenlosen und willkürlichen Ausbeutung der Arbeiterschaft möglichst wirksam entgegentreten wird. Wir wollen gleich zuerst das Geschäftsfeld für machen von allen Phrasen und Läusungen.

Wir stellen fest, daß, wenige ganz vereinzelte Ausnahmen abgesehen, die Betriebsunternehmer, die Kapitalisten, eine solche wirklichkeitswidrige bestreben, daß es bis heute den Arbeitern noch nicht gelungen ist, durch irgend welche Organisation gleich wichtige Vertragsparteien zu werden. Selbst die, wo gefordert durch besonders günstige Umstände vorübergehend eine gleichberechtigte Stellung der Arbeiter bei Festlegung der Arbeitsbedingungen durch eine Organisation erreicht war, haben die Arbeiter diese Stellung auf die Dauer nicht behaupten können. Sie sind fortwährend zurückgebracht worden.

Wir haben nach den geschicklichen Erfahrungen auch nicht die Hoffnung, daß es arbeits, als vielleicht hier und dortlich und vorübergehend, durch Organisationen den Arbeitern jemals gelingen wird, eine den Unternehmern gleichberechtigte Stellung zu erreichen. Dies wird inner weniger möglich werden, j: mehr das Kapital sich konzentriert. Wenn ein Graf Douglas den kalten Bergarbeiter sagen könnte: Wenn Ihr nicht wollt wie ich, dann stelle ich den Betrieb auf 1 Jahr ein, den Neuentlassungen kann ich leicht tragen; wenn eine Siemens'sche Glashütte fast eine halbe Million davon werden könnte, um ihre Arbeiter überzuhängen, ohne dadurch irgendwie in Verlegenheit zu kommen, dann reichen die Mittel keiner Arbeitersorganisation aus.

Wenn das Großkapital sich ernstlich zu einem Kampfe gegen die Arbeit rüstet, ist der Kampf für die Arbeiter verloren, wie sie auch organisiert sein mögen.

Den mittleren und kleinen Kapitalisten können die Arbeiter freilich zuweilen die Spitze bieten, niemals dem Großkapital für die Dauer.

Dann müssen wir erkennen, daß heut die Arbeiterschaftsspitzen zum Lohnkampf überall schwach sind, und daß die Kapitalisten, die die Macht der Gesetzgebung und Regierung in der Hand haben, sie auch niederhalten die Mittel und die ganz energische Absicht haben, daß wir also nicht thöricht sein werden, auf Verbesserungen der Gesetze für die Arbeiter zu hoffen, sondern uns auf Verbesserungen vielleicht vorbereiten können.

Im Ganzen müssen wir bei Beurteilung der Entlohnungsform mit den heutigen Verhältnissen rechnen. Wie wir nicht mit einem Idealstaate rechnen dürfen, in welchem die Arbeiter den Betriebsunternehmern ganz gleich sind, dürfen wir auch nicht mit Fabrik-Arbeiterorganisationen rechnen, die den Unternehmern die Spitze bieten können, wie sie manche vielleicht trauen, viele aber, die von der Akkordarbeit persönlichen Vortheil haben, zur Beschädigung ihrer Selbstfertigung die Arbeitern als erreichbar vorsehen.

Der Geschäftsboden ist somit so geklärt, daß starke, wichtige, rücksichtslose Ausbeuter, schwache, zerstreute, oftmais dummen Ausbeuteten gegenüberstehen. Das andere Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nur so vereinzelt, so wenig maßgebend, so wenig zahlreich vorkommen, daß wir sie nicht einmal als Belastungsspiele anerkennen können.

Was will es sagen, wenn in einer einzigen Genossenschaftsdruckerei mit vielleicht einzigen Dutzend Arbeitern andere Verhältnisse herrschen als auf dem offenen Arbeitsmarkt. Wir müssen unsere Entschließungen nicht nach Möglichkeiten und Ausnahmen, sondern nach Thatsachen und den Verhältnissen der Regel treffen. Es gilt für uns nicht theoretische Probleme zu lösen, sondern auf realen Grund zu bauen,

Якоб фон.

— Von den Bechenbaronen. Eine der vielen und nicht die geringste Lücke des Knappentriges ist der Mangel jeder genauerer Normalvorschrift für Vorlehrungen im Interesse der Gesundheit, des Lebens und der äußeren Wohlfahrt der Arbeiter. Hier hat man nach wie vor alles der Aufsicht der Bergämter überlassen. Das Pflichtbewußtsein der Bechenbesitzer mit Bezug auf Unfallverhütungs- und Kleinigkeitsvorlehrungen ist bezüglich in einer Weise erödert, wie man außerhalb der Kohlenbezirke kaum glauben wird. Ein Bergmeister hat kürzlich den Herren in ihrem eigenen Verein vorhalten dürfen, daß die einzige wirksame Vorlehrungsmahregel gegen Grubenerxplosionen das Benutzungsverfahren und die Einführung verschlossener Lampen mit Selbstzündern, noch sehr im Auge gerade beim rheinisch-westfälischen Kohlenbau liege. Auf der am 18. Juni stattgefundenen Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund w'eit derselbe Bergmeister nach, daß von 1881 bis 1890 auf 10000 Arbeiter im Königreich Sachsen 1672, in Preußen 2953 und im Oberbergamtbezirk Dortmund 3323 Mann verunglückt sind. Trotzdem konnte sich die Versammlung noch nicht einmal einstimmig für die vom Reichsversicherungsamt seit Jahren dringend gewünschte Einführung von — Unfallverhütungsvorschriften für alle in der Knappschafts-Berufsgenossenschaft vereinigten Bergwerke entschließen. Ein Bergrath von Belsen namentlich sprach sich unter ganz nichtigen Vorwänden gegen Unfallverhütungsvorschriften aus: „er wünsche nicht die wahrhaft erschreckende Zahl von Bestimmungen, die kein Betriebsführer einhalten könne, noch vermehrt zu sehen, auch wünsche er nicht, daß der Minorität durch die Majorität ein Zwang auferlegt und dadurch Unzufriedenheit unter den Werksverwaltungen erzeugt werde“.

Es genügt wohl, zu bemerken, daß dieser Berggrath der selbe Mann ist, der in seiner Festrede zum 100jährigen Jubiläum des Oberbergamts in Dortmund vor drei Wochen unter „großem Beifall“ aller anwesenden Bechenbesitzer dem „Reform“-Minister Berlepsch ins Gesicht sagte: „Unvergessen soll es bleiben, wie bei dem großen Streit des Jahres 1890 das königliche Oberbergamt gegenüber den wilben Wogen der öffentlichen Meinung für das gute Recht der Gruben aus eigenem Antriebe so manhaft und erfolgreich einging.“

Man weiß, worauf sich diese folgenden Worte beziehen: auf die parteiische Stellung, welche das Dortmunder Oberbergamt zu Beginn der preußischen Bergarbeiter-Erquête ohne jede davorhergehende Genehmigung gegen die Arbeiter und für die Unternehmer einnahm, eine Stellung, die damals fast von der gesamten Presse verurtheilt wurde. Und diese „That“ wird heute von den Grubenverwaltungen laut r als ja ge-erklärt! Das sind die praktischen Früchte der „Reformpolitik“ in Bergarbeiterfragen. Und nun nur noch eine Thatsache aus den Kohlenrevieren: Auch die ungesunde Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in und bei Bergwerken, für welche die Berggesetz-Novelle nicht die geringste spezielle Schutzbefreiung enthält, hat sich nach den neuesten Berichten der Bergbehörden für 1891 wieder vermehrt, von 10 678 im Jahre 1883 auf 12 980 Köpfe im Vorjahr. Aus den Berichten der Knapp-schaf. Genossenschaft weiß man außerdem, daß die Unfälle jugendlicher Arbeiter noch viel erheblicher zunehmen. Glaubt man nun an maßgebender Stelle, fragt treffend die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 194 vom 12. Juli), daß alle diese Thatsachen, steigender Übermut der Grubenverwaltungen auf der einen, steigende Verbitterung der Arbeiter auf der anderen Seite und ein Schutzgesetz dazu, das nicht gehauen und nicht geschlossen ist, den sozialen Frieden in den Kohlenrevieren fördern werden? Niemehr!

Darum also nochmals: Ceterum censeo (Uebrigens  
meine ich) die Grubenbeaufsichtigung muß von Arbeiterver-  
tretern kontrollirt werden!

\*

— Die Arbeitsleistungen im laufenden Jahre bestätigen die Ausführungen unserer Partei, daß auf rein gewerkschaftlichem Boden die Arbeiterbewegung keine bedeutenden Fortschritte zu machen im Stande ist. Wir denken dabei an den Ausgang der Streik der deutschen Buchdrucker, der Bierbrauer in Nürnberg, der Kellner und Berufsgenossen in Hamburg, der Bediensteten der Pferdebahn in Bille, der Bergarbeiter in Steiermark und in Durham. Durch die Misserfolge dieser Ausstandsbewegungen werden immer größere Kreise der Arbeiterwelt belehrt, daß die Arbeiterfrage vornehmlich eine politische Machtfrage ist. Wenn gegnerischerseits an dieser Auffassung Kritik gefügt wird, und den deutschen Arbeitern immer und immer wieder die englische Gewerkschaftsbewegung als Muster der Nachahmung vorgehalten wird, so unterschlagen dieselben den Arbeitern die Thatfrage, daß gerade in englischen Arbeiterkreisen diese unserer Anschanung immer mehr und mehr zum Ausdruck gelangt. Wenn wir daher den Arbeitern aufrufen, schlicht Euch bei Sozialdemokratie an, so sind das keine egoistischen Werbungen zur Verstärkung unserer Stimmenzahl, sondern es ist die notwendige Konsequenz, die sich aus der Machtlosigkeit einer Gewerkschaftsbewegung ergibt, welche nicht einer ausgesprochenen politischen Tendenz huldigt. Welche Mächtigung hier eingeschlagen werden soll, steht außer Zweifel. Der Sozialismus hat an der Hand unüberlegbarer ökonomischer Lehren nachgewiesen, daß ein schroffer und scharflicher Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, daß diese ausgesprochene Feindschaft allein eine Folge der Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln ist. Darin liegt auch der Weg, wie dieser Ungehorsam zu beseitigen ist. Man mache die Arbeitsmittel z. zum Gemeingut der Gesellschaft und die jähre Klüft zwischen Kapital und Arbeit wird nicht mit dem Schönheitspflasterchen des sozialen (gesellschaftlichen) Ausgleichs überbrückt werden, sondern sie wird vollkommen beseitigt sein, weil jeder zum vollen Ertrag seiner Arbeit gelangt, kurz weil jeder, welcher obgleich arbeitsfähig, nicht arbeitet, auch nichts zu essen hat.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

**Gelsenkirchen.** Die „Emscher Zeitung“ fühlt sich veranlaßt, auf Grund der in letzter Nummer erfolgten öffentlichen Ausschreibung des Zeitungsdrudes zu behaupten, daß dieser der jetztigen Druckfirma unter allen Umständen abgenommen werden müßte und meint, daß dieses Vorgehen eine direkte Folge der Differenz zwischen Jenp und Schröder sei. Diese Ansicht ist aber falsch. Bei der öffentlichen Ausschreibung leitete den Gesamtvorstand, der dieselbe veranlaßt hat, die Absicht, bei Generalversammlung auf Grund jener oder jener Offeren entsprechende Vorschläge machen zu können. Die Ausschreibung ist in diesem Jahre ebenso wenig ungewöhnlich, wie sie es vor früheren Generalversammlungen gesessen ist.

**Dochum.** Wie blutiger Hohn klingt es, wenn „Schienenschildorgan“ am Schlusse seiner Partikel begleuten noch fortgesetzt den „guten Rath“ giebt, „doch der Bergbeutel zuzuhaben“. Als ob dies bei diesen armen Leutest ein schon längst überwundener Standpunkt wäre. Die Väter und Consorten haben vaterlich dafür gesorgt, daß der Bergmannsbeutel — ob offen oder zu — in stets gleicher Reihe grinst. Nur dem traurigen Muthe eines „Tageblatts“ steht es vorbehalten, dem Elende der Bergarbeiter noch den unbaren Hohn hinzuzufügen, Mögen die Arbeiter ihrerseits ausziehen.

**Bochum.** Dem Verdienst seine Krone. Die Knappsschafts-Meltesten erhalten für ihre „aufreibende“ Thätigkeit im Interesse der Arbeiter - Vertretung für jeden Tag 20 Pf., ob er theilweise oder ganz ihre Abwesenheit von dem Dienst erfordert, 9 M. Spesen als Vergütung für ihre Zeitdienst. Nunmehr nimmt man nun an, daß im Jahre dieser Oberstadt nur an 26 Tagen seine Zeit dem Dienste der Allgemeinheit zu opfern hätte, so ergiebt sich daraus eine Nebenkostenahme von allein 234 M. Allerdings ist das ein ganz bescheidenes Sämmchen beim Verdienst um die Wohlfahrt bestehend gegenüber. Darum auch findet sich in den bürgerlichen Kreisen niemand, der darüber ratsonnierte (sich aufsetzte), wohl aber wenn es sich um die Gehälter der „gewissen Führer“ des alten Verbandes handelt. Diese bezahlen monatlich pro Monat und Kopf höchstens 120 M.; dagegen pro Tag 4 M., dabei müssen sie vielfach auf Agitationen verzichten, wobei ihnen nur die Fahrt 4. Klasse vergütet wird. Weiteren Strecken kommt hier noch ein täglicher Zusatz von 2 Mark hinzu. Diejenigen, welche aber nicht hessischen Verbandesbeamte sind und dennoch auf Agitationen entsandt werden, erhalten für den Tag 4 M. und die Fahrt 4. Klasse lediglich Falle also noch weniger wie die Meltesten. Ferner verlangt das Gehalt der letzteren monatlich 20 M. pro Jahr, oder also 240 M. Bei der „aufreibenden Thätigkeit“ bestehenigen Knappsschafts-Meltesten wird man allerdings diese Summe als zu hoch bemessen finden. Wenn daher eine bürgerliche Presse sich veranlaßt fühlt, den Vergleichen stets die Gehälter der Verbandsbeamten vorzuhalten, so mögen diese nur die Honorare ihrer Knappsschafts-Meltesten ins Gewicht bringen und so werden sie leicht überzeugt werden.

trifft zurückzuführen und sie werden dann wahrscheinlich wieder kapitalistischen Soldschreibern die Forderung stellen können mit, Graf Octobur, diesen Zwiespalt der Natur! Steele. Geläufig lesen, schreiben und rechnen sollen nach dem § 202 des Knoppschaftsstatuts bspw. Knoppschaftsältesten können. Wie man das unter Umständen erreichen kann, kann ich später darüber schreiben.

Der in meiner spezialärztlichen Behandlung befindliche  
mann — —, wohnhaft zu Steele, hat sich mir vorge-  
am 31./3., 6/4., 13/4., 20/4., 25/4., 30/4., 6/5.  
5. 31/5. 10/6. 19/6. 5/7. im Raum 12. Stu-

5., 31./5., 10./6., 19./6., 5./7., im Ganzen 12 Ma  
Bochum, den 8. Juli 1892.  
Krankenhaus Bergmannsheil.  
Die Verwaltung:

g. z. Professor Dr. Löbder."  
Der Berater, daß derselbe im Stande war, den Weg zu  
zurückzulegen, ist unangefüllt.  
Hierzu bewerbt der Knappshafit-Meister:  
„Es wird Erstattung der Fahrtkosten beantragt, b  
— bedürftig und zur Besetzung derselben nicht in  
abe ist.  
Rückfahrtkarte 3. Klasse von Steele nach Bochum kostet  
Bfg. Besondere Bemerkungen: (Name) ist 9./6. wieder  
fahren und nachdem noch drei mal nach Bochum gewesen

Steele, den 9. Juli 1892.  
Der zuständige Knappsförts-Meister.  
Karl Schleith.

Allerdings ist es richtig, daß der betreffende Bergmann  
bem 9. Juni nur noch dreimal in Bochum gewesen ist.  
In ec aber — wie der Alteste selbst zugiebt — bedürftig,  
so bietet sich wahrlich keine Veranlassung, ihm die Ver-  
pflichtung für die vorhergehenden neun mal vorzuenthalten. Auch  
Prof. Lööder, welcher jedenfalls in der Mechanikus befin-  
deten sein wird als der Herr Alteste, hat 12 Besuch  
festellt, der Alteste konstatierte die Bedürftigkeit des Kranken  
erwiederte, da er eine der Zahl der Besuche letzteweg  
rechenden Fahrtlosen-Erstattung beantragte, unzweckhaft  
Verdacht, daß er entweder im Mechanikus durchaus nicht  
fig oder aber von großer Voringenommenheit gegen be-  
ffenden Bergmann beseelt ist. In jedem Falle aber er-  
fischbar aus der Beweis, daß bei dem Vorherrischen einer  
solchen Eigenschaften die Unfähigkeit zu dem Amt der  
Knappshafis-Altesten nichts zu wünschen läßt. Der  
Vorstand des Knappshafisvereins dem Altesten oder dem  
Professor mehr glauben wird, bleibt abzuwarten, doch  
wir geneigt, nicht zu große Erwartungen an seine Große  
zu stellen.

**Dortmund.** Die Kommission der Gewerkschaften für und Umgegend hat sich konstituiert, sie sieht sich aus 13 Gewerkschaften zusammen, ein Zeichen, daß die hohe Bedeutung des Kartells allseitig erkannt und gewürdigt worden ist; brauchen deshalb wohl nicht speziell hier auf die Zielsätze für den Ausbau aller gewerkschaftlichen Organisationen veranlaß wichtigen Institutionen näher einzugehen. Es muß betont werden, daß die Bergarbeiter bis jetzt keinen Vertreter zu dieser Kommission entsendet haben. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß hier im allgemeinen

gemeinem Interesse, daß auch diese die Wahl einiger Vertreter halb möglichst vornehmen würden und dadurch ihre Solidarität mit den übrigen Gewerkschaften Dortmunds bekundeten. Es ist wohl auf die leitenden Elemente der Bergarbeiterbewegung zu bauen, daß diese Anregung nicht wirkungslos verhallt. Also Bergleute thut eure Pflicht, denn nur in geschlossenem, einmütigem Hand in Hand gehen aller Arbeiter jedweden Berufs liegt die Macht und der Sieg.

**Saarkohlenrevier.** Des Einen Tod, bes  
Anderu Brod oder sagen wir richtiger: des Einen Noch  
des Anderu Brod; diesen Satz könnte man für folgende  
Notiz in gegenwärtigen Blättern anwenden:

"In den nächsten Tagen kommen die jährlichen Stimmenzessionen aus dem Saarkohlenbezirk an die Beamten der fiskalischen Gruben zur Auszahlung, und zwar insgesamt 104 000 Mark. Davon entfallen laut „R. Bz.“ auf die oberen und mittleren Beamten rund 94 000 die unteren 10 000 Mark. Obersteiger und Werkmeister erhalten 400 bis 450, Fahrsteiger und Tagesteiger 200—250, Steiger 120—150, untere Werksbeamte 75—100 Mark."

Die oberen und mittleren Beamten, deren Zahl keineswegs so beträchtlich ist, erhalten den Löwenanteil von 94 000 M., der gewaltige Troß von unteren Beamten aber nur 10 000 Mark und die Arbeiter, die tausenden Proletarier sie erhalten Lohn — abzüge. — Heilige Gerechtigkeit!

## Zur Klärung

Da viele Kameraden nach der Erklärung des Aufsichtsrathesmitgliedes Bringewalb im Unklaren sind, wie es möglich ist, daß bei Verwaltung der Kasse des Konsumvereins ein Überschuss von 424 Mark sich ergeben hat, so diene folgendes zur Aufklärung:

Ansfangs war neben Arbeitsüberlastung, die mir durch die Geschäftsführung, Steuern zc. erwuchs, mir auch die Leitung des Kassenwesens übertrant. Bei dieser umfangreichen Thätigkeit war es mir schlechterdings unmöglich, mich der Buchführung zu widmen. Diese Arbeit verrichtete der jetzige Kassirer F. Gathmann und rechnete allmonatlich mit mir darüber ab. Es ist natürlich, daß ich bei dieser Handhabung am Monatsende keineswegs einen genauen Überblick über die vereinahmten und verausgabten Gelder haben konnte und demgemäß auch selbstverständlich daß sich wiederholt bei der monatlichen Abrechnung Differenzen zwischen dem von mir angenommenen und dem gebuchten Kassenbestand ergaben, welche aber jederzeit meinerseits geregelt worden sind. Ich deckte etwaige Fehlbedräge entweder von meinem Gehalt oder von den Einnahmen meines eigenen früher betriebenen Geschäftes.

Es wird jeder begreiflich finden, daß ich bei der Arbeitsüberlastung einerseits, bei der großen Verantwortlichkeit der Kassengeschäfte, welche mit der mir möglichen Kontrolle gewissenhafter Buchführung keineswegs in einem richtigen Verhältniß stand, andererseits, das Verlangen fühlte, mich von diesem Posten entbunden zu sehen. Dieser Wunsch wurde auch erfüllt und trat an meine Stelle F. Gathmann. Bei der Übergabe der Kasse, bei welcher eine genaue, mehr tägige Revision vorgenommen wurde, stellte sich nun der fragliche Überstand von 424 Mark heraus.

Nun wäre es vielleicht richtiger gewesen, wenn ich das Geld als von mir zu viel gezahlten Betrag, sofort als mein Eigenhum an mich genommen hätte. Ich unterliß das aber, weil ich eben Irrthümer und falsche Buchungen bei dieser gereunten Kassenführung keineswegs für ausgeschlossen hielte und für diesen Fall erwartete, daß durch etwaige Stellamotionen u. s. w. solche sich feststellen lassen würden. Das ist indeß bis dato noch nicht geschehen und somit habe ich voll und ganz einen Auspruch darüber diesen Betrag zu erheben. An diesem meinem guten Recht kostert auch der Umstand nichts, daß ich von den mir ausgehändigten 300 M. 28 M. zu dem Irrthümlich als Reservesonds bezeichneten Betrag zurückgegeben habe. Einmal bleibt es mir vollständig unbenommen, über mein Geld nach eigenem Gutdanken zu verfügen, zweitens aber wollte ich durch das noch längere Liegenlassen des Geldes die Gelegenheit etwaiger — nach meiner Ansicht allerdings ausgeschlossener — Stellamotionen weiter ausdehnen. Würde sich beispielsweise damals ein größerer Fehlbetrag herangestellt haben, so wäre ich sicher neben der gerichtlichen Straffälligkeit zum Ersatz derselben verpflichtet worden. Hieraus aber ergiebt sich mit derselben Genauigkeit, daß der etwaige Überschuss also nur aus den von mir geleisteten Differenzbeträgen herstammt, mit anderen Worten, daß meinerseits zu viel bezahlt worden ist.

J. Brobaw.

## **Ertüberung**

Auf die Erklärung von Ludwig Schröder in Nr. 29 b. Z. erwidere ich: Wenn an ein und denselben Tage zwei bedeutende Versammlungen von Vertrauensmännern von Rheinland und Westfalen einberufen werden, so liegt die Gefahr einer Entzweiung sehr nahe. Der § 4 des Verbandsstatuts macht es dem Vorstehenden zur Pflicht, bei derartigen Fällen versöhrend einzutreten. Ich habe die Dortmunder Kameraden aufgesucht und wünsche leider wahrnehmen, daß dieselben in dem Glauben waren, Bochum, Wattenscheid und Gelsenkirchen würden einfach ihre Macht missbrauchen, ohne Rücksicht auf Dortmund zu nehmen.

Es hat mit wenig Mühe gelöstet, diese Annahme zu zerstreuen, und so bin ich der Meinung, daß es L. Schröder als Vorzügender noch leichter gewesen wäre, wenn er nur einen Versuch gemacht hätte. Auf eine Wohlwolligkeit könnte ich diese Unterlassung nicht zurückführen und nahm in Folge dessen Unfähigkeit an.

„nur der Wunsch der Vater des Gebanlens sein. Ich erkläre dementgegen, daß mehrere Bergleute des Dortmunder Reviers sich gegen die Dortmunder Vorbesprechung beschwerdefährend an uns gewendet haben. Hieraus resultiert unser zeitiges Wissen von der geplanten Dortmunder Vorbesprechung. Zu weiteren persönlichen Auseinandersetzungen ist mir der Raum dieses Blattes zu schade.“

Johann Margraf.

Kameraden, gedenket der gemäßregelten, arbeitslosen und in Noth gerathenen Kameraden. Tretet der Unterstützungsklasse bei und sorgt dafür, daß jeder leidende Kämpfer zu seinem Rechte gelangt!

## Achtung.

In Anbetracht der umfangreichen Geschäfte der Generalversammlung ist es nicht ausgeschlossen, daß dieselbe vielleicht zwei Tage dauert. Die Delegirten werden gut thun sich darauf einzurichten.

Der Vorstand.

## Achtung!

Zwecks Herstellung einer Broschüre werden alle Kameraden erucht, möglichst schnell und zahlreich die Arbeiterordnungen, die in ihrem Besitz sind, einzusenden.

Die Redaktion.

## Erklärung.

In der Nr. 82 der „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“ resp. der „Volksstimme“ sc. befindet sich eine Notiz, in der mir Unfähigkeit zur Zeitung der Verbandsgeschäfte vorgeworfen wird, weil ich die Einberufung einer in Dortmund am 17. Juli geplanten Vertrauensmännerbesprechung nicht verhindert habe.

Ich erkläre hierzu, daß weder ich noch sonst ein Vorstandsmitglied vielleicht mit Ausnahme des Herrn Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, irgend welchen Druck auf die freie Meinungsäußerung der Verbandsmitglieder resp. der Vertrauensleute ausgeübt habe, noch ausüben werde. Ebenso wenig habe ich zur Einberufung derartiger Besprechungen gerathen, noch dieselben zu verhindern gesucht. Somit stellt sich die fragl. Behauptung als nichts weiter, wie eine unverantwortliche Verlärnung dar, die um so schlimmer ist, als der Redakteur und Vorstandsmitglied Margraf sich von dem wirklichen Sachverhalt hätte leicht überzeugen können.

Endlich aber liegt hier ein grober Vertrauensbruch vor. Die „Zeitung deutscher Bergleute“, für welche die Ausgabe bestimmt war, erscheint am 16. Juli und befindet sich bis zum 14. Juli im Druck. Am 12. Juli ist bereits die „Arbeiter-Zeitung“ und „Volksstimme“ hergestellt worden und erscheint am 14. Juli. Da Frau Jeup bisher noch seitens des Verbandes den Druckauftrag hat, so halte sie auch die Verpflichtung, bei allen für die Zeitung deutscher Bergleute bestimmten Mittheilungen für strengste Verschwiegenheit bis zum Tage des offiziellen Erscheinens zu sorgen. Das ist aber nicht geschehen und somit der Vertrauensbruch der Druckfirma ganz offenkundig; eine Handlungswaffe, die sie sich übrigens schon wiederholt hat zu Schulden kommen lassen.

Ludwig Schröder.

Leser dieser Zeitung, welche im Besitz von Stämmen des frühen Knappshäftsvereine sind, wollen dieselben lehweise einsenden an die Redaktion der Zeitung Deutscher Bergleute.

## Die wichtigste Forderung,

welche die Knappshäfts-Aleisten zu stellen haben, ist  
Zulässigkeit der Offenlichkeit

bei allen Verhandlungen der Generalversammlung, des Vorstandes, der Kommissionen und allen Besprechungen mit den Knappshäfts-Aleisten sc. sc. Die Vertreter der Presse jeglicher Parteirichtung müssen an den Zusammensetzungen teilnehmen können, damit die Kritik an den Maßnahmen der betreffenden Rö peitschen in richtiger Weise zur Läuterung und Klärung aller Vorlagen sc. sc. beitragen kann. Bisher war das ein schwerer Fehler des Knappshäftsvereins.

Mancher Aufsatz, der hinter verschlossenen Thüren zum Ausdruck gezeigt, würde vermieden werden und die öffentliche Meinung hätte Gelegenheit der Allgemeinheit bauliche Worte zu geben. Allenthalben, wo die erste Vorschlag gemacht wurde, fand er freudige Aufnahme und einem längst gefühlten Bedürfnis im Oberbergamtbezirk Dortmund wurde damit abgeholfen. Mögen alle Knappshäfts-Mitglieder dazu Stellung nehmen und wir sind überzeugt, daß man auch dieser Forderung stattgeben wird.

## Offenliche Ausschreibung.

Der 2. auf der Zeitung deutscher Bergleute ist voraussichtlich nach der General-Versammlung am 30. Juli zu vergeben. Angebote mit Preisangabe und sonstigen Bezug- und Lieferungsbedingungen sollte man ggf. bis zum 29. Juli 1892 richten an L. Schröder, Gelsenkirchen, Friedrichstraße 49.

Die Briefumschläge sind zu versehen mit der Bezeichnung „Zeitungsdruk“.

Notthausen 2.

Die Zahlungstermine finden jeden Sonntag im Monat statt, und werden alle Mitglieder wegen wichtiger Besprechung erucht: zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Sonntag, den 24. Juli 1892, Nachmittags 4 Uhr.

monatliche Versammlung im Lokale der Frau Woe. Himpel (Büro). Um zahlreiches Erscheinen erucht.

Der Vertrauensmann.

Elbingerode.

Sonntag, den 24. Juli 1892, Nachmittags 4 Uhr.

monatliche Versammlung im Lokale der Frau Woe. Himpel (Büro). Um zahlreiches Erscheinen erucht.

Der Vertrauensmann.



## Gesetzliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Witten.

Sonntag, den 24. Juli, Abends 6 Uhr, im Lokale der Woe. Schneider

Versammlung.

1. Wahl eines Delegirten zur General-Versammlung.

2. Konsum-Angelegenheiten.

Die Kameraden von Kaltenhardt und Heven sind freundl. eingeladen.

Der Vertrauensmann.

Schüren und Aplerbeck.

Freitag, den 22. Juli 1892, Abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Möllmann am Schäfer.

Tages-Ordnung:

1. Die wichtigste Aufgabe der Bergleute bei der heutigen Krise.

2. Konsumangelegenheiten.

Referent: Ludwig Schröder.

Die Bergleute von Schüren und Aplerbeck sind hierzu dringend eingeladen.

Der Einberufer.

Stiehum.

Sonntag, den 24. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Wirths Haberbaum

Kreis-Versammlung für Stiehum, Oerderhausen, Sterkrade und Haßborn.

Tages-Ordnung:

Wahl eines Delegirten zur General-Versammlung.

Oberholthausen.

Am 24. Juli, Vormittags 5 Uhr, im Lokale des Wirths Wilh. Krüpp. Hierzu werden die Bergleute von Holthausen und Umgegend ergebnist eingeladen.

Referent: Ludwig Schröder.

Der Vertrauensmann.

Gelsenkirchen.

Sonntag, den 24. Juli, Vormittags halb 12 Uhr im Saale des Wirths Hörderbach, Ber. inskr. 1

Kreis-Versammlung für die Bezirke Gelsenkirchen 1, 2 u. 3 Hörde, Brückebach, Schalke und Lüdenscheid, Bulmke.

Tagesordnung:

1. Wahl von Delegirten zur General-Versammlung.

2. Verschiedenes.

Die Vertrauensmänner.

Auf dem Schne.

Gesetzliche Bergarbeiter-Versammlung am 4. August Nachmittags 5 Uhr, beim Wirth Gustav Heiermann.

Tagesordnung:

1) Berichterstattung über den Londoner Kongress.

2) Verschiedenes.

Zahlungstermin-Kalender.

Sonntag, den 24. Juli.

Sommern 4 Uhr. [Wirth Brinckhoff]

Brem 5 Uhr.

Süde 1 4 Uhr.

Hien 2 4 Uhr.

Böborn 4 Uhr.

Brumme-Süde 4 Uhr.

Hoffe 4 Uhr.

Dattrop, Vormitags 11 Uhr.

Kaltenhardt 4 Uhr.

Übermaßenerheide 5 Uhr.

Schöttele 4 Uhr.

Wettmar 1 4 Uhr.

Bing 4 Uhr.

Altwasser.

Sonntag, den 24. Juli 1892

Tanz-Fränczchen vom Verbande deutscher Bergleute im Bahnhof zum „Eisernen Kreuz“.

Alle auswärtige Kameraden werden eingeladen.

Entree 30 Pf.

Anfang Abends 6 Uhr.

Begleitung: Tanzabend.

Der Vertrauensmann.



## Glück auf!

Den Kameraden von Lubbe-Dahlhausen und Umgegend empfehle meine guten und preiswerthen

Vom 26. Junt bis 17. Sult gingen folgende Beiträge bei der Unterstützungsklasse ein:

Messenerhalbe W. F. 2,80

Fulerum W. F. 3,90

Baer, von einer Versammlung 5,56

Huckarde, G. E. 0,70

Haarzopf, W. H. 5,70

Altenhessen H. W. 2,10

Müntscheldt, J. Sch. 1,60

Bruck G. M. 2,50

Gelsenkirchen H. 0,40

Borbeck, G. A. 5,20

Harpen, F. A. 2,00

Kiah, H. D. 0,40

Alsfelden, F. B. 0,60

Meiclinbe, F. F. 1,90

Hordel 1, J. H. 1,50

Engelskirchen, W. 0,30

Laer, A. M. 2,90

Hefken, Uberschus vom F. 24,30

Ende 1, F. B. 6,00

Hundsheidsfeld, M. W. 2,00

Marten, A. v. Behren 6,90

Borbeck, M. M. 2,40

Fulerum, G. H. 3,20

Cateraberg, C. M. 2,00

Binden, H. A. 3,30

Witter, H. B. 1,00

A. von Böhren 8,00

Hofstede, J. N. 0,50

Niemke, A. P. 1,70

Steile, G. E. 5,30

Grumme, W. B. 0,70

Essen, J. B. 1,00

Nen-Gengelbant, G. H. 3,80

Mülheim 2, H. Sch. 1,70

Dümpter, G. Sp. 3,80

Stoppenberg, H. H. 1,00

Schüren, D. B. 5,00

Bruck, G. M. 3,40

Eving, B. F. 3,00

Bochum, G. B. 2,00

Döpel, G. Sch. 4,00

Lichtenhof, H. N. 3,00

Stiepel 1, L. H. 0,50

Für die Buchdrucker gingen ein:

Ueberruhr, F. F. 0,20

Dortmund, A. B. 0,30

Hattingen, ?? 1,70

Lichtenhof, H. N. 0,30

Für Beschickung des Congresses ging ferner ein:

Dortmund, A. B. 10,70

Wittenscheid, Th. B. 1,50

Müntscheldt, J. Sch. 1,25

Hattingen, G. W. 7,15